



Aus für neunerhaus-Arztpraxis?

Die Geldmittel für die medizinische Versorgung für Obdachlose reichten nur noch bis April, warnt neunerhaus-Geschäftsführer Markus Reiter. Ärztekammer und Grüne setzen sich für die Sicherstellung der Finanzierung des Projekts ein. *Von V. Weilguni*

Die Wiener Sozialorganisation neunerhaus, die auch Wohnungen für Obdachlose betreut, wird vom Fonds Soziales Wien (FSW) gefördert und hat für ihre Zahnarztpraxis und das Team neunerhausarzt einen Vertrag mit der Wiener Gebietskrankenkasse. Vor einem Jahr startete das Projekt neunerhaus-Arztpraxis. Dort wurden seither 600 Obdachlose niederschwellig medizinisch betreut. Laut Reiter sind dafür jährlich 100.000 Euro erforderlich – Geld, das

ab kommenden Mai nicht mehr vorhanden sei. Reiter fordert jetzt eine öffentliche Folgefinanzierung durch die Wiener Gebietskrankenkasse und den FSW: „So wie Platz in unseren Wartezimmern für obdachlose Menschen ist, so braucht unser Angebot nun auch Platz im Gesundheitssystem.“ Der FSW wies das Begehren postwendend zurück, da seine Aufgabe „nicht in der Finanzierung von Arztpraxen“ (Zitat APA) bestehen würde. Die WGKK wiederum kann

die Geldnöte des neunerhauses nicht nachvollziehen und sieht die Folgefinanzierung durch die bestehenden Verträge gesichert. Die Grünen Ärztinnen und Ärzte appellieren nun in einem Offenen Brief an Bürgermeister Michael Häupl, die Gesundheitsstadträtin Sonja Wehsely und die WGKK, Gespräche über die bestehende Finanzierungslücke für 2014 zu führen. Der Wiener Ärztekammerpräsident Thomas Szekeres appelliert an alle Beteiligten, eine

Lösung zu finden: „Wien braucht eine solche Einrichtung dringend. An der Finanzierung darf dieses Projekt nicht scheitern.“ Szekeres verweist auf eine aktuelle LBI-Studie, die zeigt, dass prekäre Wohnverhältnisse ein erhöhtes Krankheitsrisiko zur Folge haben. Es sei daher nötig, die sozialen, finanziellen, organisatorischen und bürokratischen Hürden abzubauen, um obdachlosen Menschen den Zugang zum Gesundheitssystem zu erleichtern.



Dr. Ingrid Zechmeister-Koss

Ressortleitung Gesundheitsökonomie, stellv. Institutsleitung LBI für Health Technology Assessment © LBI

„Interdisziplinäre, niederschwellige Angebote sind nötig für eine bedarfsorientierte Versorgung.“

Zugangsbarrieren abbauen

Für wohnungslose Menschen bestehen mehrere Zugangsbarrieren zu einer adäquaten medizinischen Versorgung. Das zeigt sich anhand einer umfangreichen Literaturanalyse des Ludwig Boltzmann Instituts für Health Technology Assessment. So gibt es wohnungslose Personen in Österreich, die nicht krankenversichert sind und daher keinen regulären Leistungsanspruch haben. Weniger offensichtliche Barrieren sind formale Hürden – etwa eine verlorene gegangene E-Card – oder organisatorische Gründe, zum Beispiel eine fehlende Wohnadresse, die die Zustellung eines Befunds verhindert. Dazu kommen soziale Barrieren, etwa Schamgefühl, eine Praxis zu betreten, da dadurch nicht nur medizinische, sondern auch soziale Probleme sichtbar werden. Erschwerend wirkt, dass wohnungslose Menschen ihren eigenen Gesundheitszustand oft besser einschätzen, als er laut medizinischen Diagnosen ist.

Aus den Studien geht hervor, dass wohnungslose Menschen durchaus Kontakt mit dem Gesundheitswesen haben, eine Behandlung aber oft am „falschen Ort“ – zum Beispiel in der Notfallambulanz wegen akuter Zahnschmerzen – oder verspätet erhalten. Gleichzeitig zeigen die Daten übereinstimmend, dass Wohnungslosigkeit ein erhöhtes Krankheitsrisiko mit sich bringt. Das diagnostizierte Krankheitsspektrum reicht von psychischen Erkrankungen bis zu typischen somatischen Erkrankungen, allen voran vermeidbare Infektionskrankheiten und Zahnprobleme. Außerdem haben wohnungslose Menschen ein erhöhtes Risiko, frühzeitig zu sterben.

Aus diesen Ergebnissen leiten wir ab, dass für eine bedarfsorientierte Versorgung interdisziplinär organisierte, niederschwellige Angebote in der Primärversorgung nötig sind. Das Personal soll über Wissen zu den spezifischen Krankheitscharakteristika, Verhaltensweisen und Lebensumständen von wohnungslosen Menschen verfügen und die Behandlung darauf abstimmen. Da Krankheiten oft eine Folge der Wohn-, Arbeits- und Sozialsituation der Betroffenen sind, erscheint ein integriertes Angebot sinnvoll, das neben der medizinischen Behandlung an der Verbesserung der Lebensverhältnisse der betroffenen Menschen ansetzt. ■



DDr. Andrea Fleischmann

Stv. Abteilungsleiterin Vertragspartnerverrechnung und Verhandlung, WGKK © WGKK

„Nach jahrelanger guter Zusammenarbeit sind Angriffe nicht nachvollziehbar.“

Unverständliche Vorgangsweise

Die ärztliche Versorgung für alle Anspruchsberechtigten ist das erklärte Ziel der Wiener Gebietskrankenkasse. Personen, die infolge von Obdach- oder Wohnungslosigkeit in einer besonderen Notlage sind, haben häufig Schwierigkeiten, den Zugang zu medizinischen Leistungen zu finden.

Das liegt unter anderem an der persönlichen Hemmschwelle der Betroffenen, eine ärztliche Ordination aufzusuchen. Um dieses Problem zu lösen, hat die WGKK bereits im Jahr 2006 mit dem Verein neunerhaus einen Vertrag abgeschlossen, der die ambulante medizinische Versorgung jener Personen gewährleistet, die in den vom Verein betreuten Einrichtungen untergebracht sind. Weiters wird durch den neunerhaus-Arzt sichergestellt, dass auch jene Personen, die aufgrund ihrer persönlichen Situation nur schwer einen Zugang zum Versorgungssystem finden und ärztliche Leistungen im niedergelassenen Bereich sonst nicht in Anspruch nehmen würden, eine medizinische Betreuung erhalten. Das Angebot umfasst allgemeinmedizinische und psychiatrische Leistungen, die Verschreibung von Medikamenten und – sofern notwendig – die akute Versorgung vor Ort.

Die von den neunerhaus-Ärzten bei ihren Patienten durchgeführten Untersuchungen und Behandlungen werden nach Einzelleistungen von der WGKK abgegolten, wobei auch dem Umstand Rechnung getragen wird, dass die Betreuung dieses Personenkreises vielfach besonderen Aufwand erfordert.

Dazu kommt, dass die WGKK seit 2009 auch die neunerhaus-Zahnarztpraxis finanziell unterstützt. Auch hier werden die Behandlungen nach Einzelleistungen vergütet. Patienten, die eine Zahnprothese benötigen, haben die Möglichkeit, den Patientenanteil beim Unterstützungsfonds zu beantragen.

Die WGKK engagiert sich also aus Überzeugung seit vielen Jahren für die Gesundheitsversorgung obdachloser Menschen und hat sich seit Beginn der vertraglichen Beziehungen zum Verein neunerhaus stets gesprächsbereit gezeigt. Umso unverständlicher ist es, dass die Verantwortlichen des Vereins aktuell nicht das Gespräch mit dem Vertragspartner suchen, sondern ihre Forderungen in Form medialer Angriffe artikulieren. ■



Dr. Eva Mückstein

Psychologin und Psychotherapeutin, Abgeordnete zum Nationalrat, Gesundheitssprecherin „Die Grünen“ © Die Grünen

„Die Finanzierung der Arztpraxis im neunerhaus muss dauerhaft gesichert werden.“

Recht auf medizinische Versorgung

Wer arm ist, der läuft Gefahr, seine Wohnung zu verlieren. Als Psychologin habe ich im Rahmen von Pflegeverfahren erfahren, wie schnell das gehen kann. Menschen geraten durch Verlust des Arbeitsplatzes, durch Scheidung, Krankheit, Schulden, Delogierung oder Lohnpfändung in prekäre Lebensverhältnisse. Resignation und der Verlust des Selbstwertgefühls sind die Folge. Sozialer Druck und soziale Ausgrenzung nehmen zusätzlich die Kraft, dem eigenen Leben wieder eine gute Richtung zu geben. Daraus resultieren Schamgefühle, Ängste, Mut- und Antriebslosigkeit. Die Sicherheit und die Stabilität, die wir zum Leben brauchen, gehen verloren. Nicht selten geraten schon ganz junge Menschen in ausweglose Situationen, etwa, wenn neben prekären Lebensverhältnissen und finanzieller Not auch noch Kinder zu versorgen sind.

Das neunerhaus bietet mit seiner Arztpraxis medizinische Behandlung und sozialarbeiterische Betreuung für obdachlose Menschen an. Besonders wichtig ist dabei der niederschwellige Zugang. Wohnungslose Menschen sind meist multimorbid und haben durchschnittlich bis zu sieben Diagnosen gleichzeitig. Die soziale Ausgrenzung und die überfordernden existenziellen Probleme gehen oft auch mit schweren depressiven Störungen einher. Den Betroffenen fällt es daher schwer, Einrichtungen im öffentlichen Raum in Anspruch zu nehmen. Die Hürde wird ohne Hilfe nicht überwunden. Das gilt ganz besonders für die medizinische Versorgung.

Zentrales Ziel des neunerhauses ist es, obdachlose Menschen dabei zu unterstützen, in weiterer Folge wieder das Regelgesundheitsystem in Anspruch nehmen zu können. Dazu ist es wichtig, das Vertrauen der wohnungslosen Menschen zu gewinnen. Zeit und die Verknüpfung von Medizin und Sozialarbeit sind dafür notwendig. Die Arztpraxis im neunerhaus ist in diesem Sinne ein sehr wichtiger niederschwelliger Gesundheitsanbieter für wohnungslose Menschen. Derzeit werden rund 3.000 Patientinnen und Patienten hier betreut. Die Finanzierung dieser erfolgreichen Einrichtung darf zukünftig nicht von Spenden abhängen, sondern muss dauerhaft gesichert werden. ■